

Ein südamerikanischer Gegenpol zu den USA unter brasilianischer Führung?

Barbara Fritz/Detlef Nolte

Die lateinamerikanischen Subregionen haben sich in den vergangenen Jahren weiter auseinander entwickelt. Während sich die zentralamerikanischen Staaten und mit Einschränkungen auch Mexiko immer stärker auf die USA hin orientieren, gibt es einen südamerikanischen Gegenpol. Dort füllt Brasilien mehr und mehr die Rolle einer regionalen Führungsmacht aus. Unterschiedliche Ausrichtungen zwischen den Subregionen zeigen sich in den Handelsbeziehungen, der Entstehung einander ausschließender subregionaler Organisationen oder der Haltung in wichtigen außenpolitischen Fragen, wie etwa beim Irakkonflikt.¹

Der III. Europäisch-lateinamerikanische Gipfel²

Der Irak-Konflikt war indirekt auch Thema auf dem III. Europäisch-lateinamerikanischen Gipfel, der am 28. Mai 2004 in Guadalajara (Mexiko) nach Rio de Janeiro (1999) und Madrid (2002) bereits zum dritten Mal stattfand. Das nächste Treffen soll im Mai 2006 in Wien organisiert werden. Von den 58 europäischen und lateinamerikanischen Regierungen waren immerhin 33 durch ihre Regierungschefs vertreten. Das Abschlussdokument ist eine Bestandsaufnahme gemeinsamer europäisch-lateinamerikanischer Positionen, deshalb fällt es mit 104 Punkten auch so umfassend aus, und es zeigt einen Korridor für die zukünftige Beziehungen zwischen beiden Regionen auf. Das Gipfeltreffen hatte neben den konkreten Ergebnissen auch einen symbolischen Wert: es handelte sich um das erste gemeinsame Auftreten der erweiterten EU auf einem internationalen Forum, und diese Tagung fand vor der Haustür der USA, aber ohne Beteiligung der USA statt.

Es gab zwei zentrale Themen auf dem Gipfel: soziale Kohäsion in Lateinamerika und der Multilateralismus. Dieser umfasste einerseits die regionale Integration, die von beiden Seiten als wesentliche Komponente einer multilateralen Weltordnung angesehen wird. Sie gilt als Baustein und praktische Übung für multilaterale Beziehungen auf globaler Ebene. Sowohl Lateinamerika als auch Europa sind daran interessiert, dass sich auch die USA internationalen Verträgen unterwerfen und in ein gemeinsames Regelwerk einbinden lassen. In der Erklärung des Gipfels wird die Bedeutung der Vereinten Nationen und des Weltsicherheitsrates als zentrale Entscheidungsorgane in den internationalen Beziehungen und bei der Bewältigung von Herausforderungen wie der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und des internationalen Terrorismus hervorgehoben. Dies ist indirekt an eine Absage an den Unilateralismus der USA. Auch in anderen Passagen der Gipfelerklärung grenzen sich die

¹ Während von den südamerikanischen Ländern drei (Argentinien, Brasilien und Venezuela) die Intervention total ablehnten, zwei (Chile, Peru) diese bedauerten, drei (Bolivien, Ekuador, Uruguay) eine ambivalente Position bezogen und nur ein Land (Kolumbien) die US-Politik unterstützte, vertraten fünf zentralamerikanische Staaten und die Dominikanische Republik ein pro US-amerikanische Position. Siehe Claudio Fuentes/Francisco Rojas Aravena, El patio trasero. Estados Unidos y América Latina pos-Irak, in: Nueva Sociedad 185, mayo-junio 2003, 64-82 (79).

² Siehe Susanne Gratius, Europa und Lateinamerika. Zwischen Rückzug und Annäherung SWP. Ergebnisse des Gipfeltreffens in Mexico, *SWP-Aktuell* 26, Juni 2004; Detlef Nolte, Fortschritte auf dem Weg zu einer strategischen Partnerschaft? Der III. Gipfel zwischen der EU und Lateinamerika in Guadalajara, *Brennpunkt Lateinamerika* 11-2004. Die wichtigsten Dokumente zum Gipfel in Guadalajara und den vorausgegangenen Gipfeltreffen finden sich auf der Homepage der EU-Kommission http://europa.eu.int/comm/world/lac-guadal/00_index.htm; siehe auch *European Commission, The European Union, Latin America and the Caribbean: A Strategic Partnership*, Luxembourg 2004.

Europäer und Lateinamerika deutlich von den USA ab. Dies gilt für die Unterstützung des Internationalen Strafgerichtshofs, des Kyoto-Abkommens zum Klimaschutz und der internationalen Konvention gegen Antipersonenminen. Aus aktuellem Anlass (Abu Graibh) wurde in die Erklärung des Gipfels in Mexiko eine klare Verurteilung von Misshandlungen und Menschenrechtsverletzungen aufgenommen, einschließlich einer klaren Aufforderung, die Schuldigen zu bestrafen und zukünftig die Genfer Konvention und die UN-Konvention gegen Folter zu befolgen. Dabei spielte auf lateinamerikanischer Seite nicht nur der Irak, sondern auch der amerikanisch Stützpunkt Guantánamo auf Kuba eine Rolle, wo die USA Gefangene des Antiterror-Kampfes aus Afghanistan und anderen Ländern interniert haben.

Entwicklung des Mercosur: Stagnation oder Neuaufschwung?

Die EU und Lateinamerika streben nach der Gipfelerklärung von Guadalajara weiterhin eine strategische Partnerschaft an. Bisher fehlte den großen Worten häufig die politische und wirtschaftliche Basis. Denn es besteht ein große Asymmetrie zwischen beiden Partnern: die EU ist für Lateinamerika als zweitwichtigster Handelspartner, Hauptinvestor und größter Geber von Entwicklungshilfe von wesentlich größerer Bedeutung als umgekehrt. Nüchtern gesehen liegt Lateinamerika im Hinblick auf die außenpolitischen Prioritäten der EU bestenfalls an sechster oder siebter Stelle. Auch wirtschaftlich kommt Lateinamerika nur eine begrenzte Bedeutung zu. Deutschland wickelt beispielsweise nur rd. 2 % seines Außenhandels mit Lateinamerika ab, die EU 4,6 % (2003). Die wirtschaftliche Bedeutung der EU in Lateinamerika folgt einem Nord-Süd-Gefälle: Nur im südlichen Lateinamerika ist die EU mit einem Anteil von 23,5 % am Außenhandel (2003) und mit Abstand größter Investor³ ein ernster Konkurrent für die USA. Deshalb könnte einem Freihandelsabkommen der EU mit dem Gemeinsamen Markt des Südens - MERCOSUR, der Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay umfasst - große symbolische und praktische Bedeutung zukommen.

In der Gipfelerklärung wurde der Wunsch ausgesprochen, die Verhandlungen zwischen der EU und dem MERCOSUR, wie zuletzt im November 2003 vereinbart, bis Oktober 2004 abzuschließen. Dieser Termin konnte nicht eingehalten werden, ein neues Datum wurde nicht festgelegt.⁴ Konfliktpunkt in den Verhandlungen war die aus südamerikanischer Sicht nicht ausreichende Öffnung des EU-Agrarmarktes. Die EU beklagte die unzureichende Liberalisierung im Investitions- und Dienstleistungsbereich und die ungenügende Öffnung der öffentlichen Ausschreibungen im MERCOSUR. Dazu kommen strukturelle Defizite des MERCOSUR wie etwa trotz Zollunion weiter bestehende intraregionale Zölle, die fehlende Harmonisierung von sanitären Vorgaben und anderen Bestimmungen für den Warenaustausch sowie die unzureichende Umsetzung von Integrationsbestimmungen in das nationale Recht. Vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden inneren Probleme der EU (Konsolidierung der Erweiterung, Verabschiedung einer EU-Verfassung) und dem Wechsel der Verhandlungspartner in EU-Kommission dürften sich die Suche nach Kompromissen in der Zukunft eher noch schwieriger gestalten. Zumal die Verhandlungen zwischen EU und Mercosur mit dem parallel verlaufenden und mittlerweile auch stagnierenden FTAA-Prozess sowie den WTO-Verhandlungen im Rahmen der Doha-Runde vernetzt sind. Fortschritte und Rückschritte in den verschiedenen Verhandlungsforen beeinflussen sich wechselseitig.

³ In Südamerika liegen die Investitionen aus EU-Ländern (Bestand) bei 137 Mrd. US \$ gegenüber 83 Mrd. US \$ aus den USA; *Inter-American Development Bank*. Integration and Regional Programs Department, Integration and Trade in the Americas. III EU-LAC Summit: Special Issue on Latin American and Caribbean Economic Relations with the European Union, May 2004, S.27

⁴ Siehe Thomas Pohl, Die Verhandlungen zwischen der Europäischen Union und dem MERCOSUR: Ein langer, steiniger Weg, Brennpunkt Lateinamerika 24-2004.

Fortschritte hingegen konnte der Mercosur bei seinen Erweiterungsverhandlungen innerhalb Südamerikas verzeichnen. Im August 2003 schlossen die Mercosur-Länder ein Freihandelsabkommen mit Peru⁵ und im Juli 2004 mit Kolumbien, Ecuador und Venezuela.⁶ Damit wurden die Andenländer den schon früher assoziierten Mitgliedern Chile und Bolivien gleichgestellt, und der Mercosur kam seinem Projekt einer südamerikanischen Staatengemeinschaft als Gegenmodell zur ALCA (s. unten) zumindest auf der strategischen Ebene deutlich näher.

Die Verhandlungen mit der EU leiden auch darunter, dass der MERCOSUR als Projekt wirtschaftlicher Integration stagniert. Der Anteil des Handelsaustausches im MERCOSUR an den Gesamtexporten der Mitgliedsländer (einschließlich der assoziierten Länder Chile und Bolivien 18 %)⁷, der 1998 schon einmal bei 25 % gelegen hatte, dann aber bis 2002 auf 11,4 % zurückgegangen war, war bis 2004 auf gerade wieder einmal 13 % angestiegen. Die Asymmetrien zwischen den am Mercosur beteiligten Ländern sind weiterhin sehr groß: während die beiden kleinen Partner Paraguay und Uruguay gerade einmal drei Prozent des regionalen BIP aufbringen, macht das brasilianische Volkseinkommen 77,2 % der Region aus (Daten für 2003). Die beiden großen Partner stimmen ihre Wirtschaftspolitiken nach wie vor nicht aufeinander ab, was unter anderem den unterschiedlichen Beziehungen zu den internationalen Gläubigern geschuldet sein mag (s. unten). Insgesamt hat der Mercosur den Schaden, den er erst durch die brasilianische und dann durch die argentinische Finanzkrise und ihre negativen Folgewirkungen für die jeweilige Nachbarökonomie sowie den intraregionalen Handel erlitt, offensichtlich noch nicht überwunden.

Während der Mercosur wirtschaftlich eher stagniert, kommt ihm als politisches Projekt weiterhin Bedeutung zu. Er ist ein politischer Stabilisierungsfaktor im südlichen Lateinamerika. Zwischen den Mercosur-Ländern – einschließlich Chiles – haben in der Vergangenheit die vertrauensbildenden Maßnahmen an Bedeutung gewonnen. Sie können als Nukleus einer südamerikanischen Friedenszone betrachtet werden⁸, gerade auch vor dem Hintergrund von politischer Turbulenzen an den Rändern, z.B. in Bolivien, das mit dem Mercosur assoziiert ist. Aber auch im Hinblick auf das politisch krisenhafte Mitgliedsland Paraguay nimmt der Mercosur eine die Demokratie stabilisierende Funktion ein.

Neue wirtschaftliche Perspektiven in den Beziehungen zwischen Südamerika und Asien

Die Jahrestagung des Asia-Pacific Economic Cooperation Forum (APEC) in Santiago de Chile vom 17.-21. November 2004 dokumentierte die wachsende Bedeutung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Lateinamerika und Asien, und hier insbesondere China.⁹

⁵ Acuerdo Mercosur / Perú: Acuerdo de alcance parcial de complementación económica entre el Mercado Común del Sur y la República del Perú

http://www.unionsudamericana.net/castellano/tratados/mercosur/mercosur_ext_140.html

⁶ Acuerdo de complementación económica suscrito entre los gobiernos de la República Argentina, de la República Federativa del Brasil, de la República del Paraguay y de la República Oriental del Uruguay, Estados partes del Mercosur y los gobiernos de la República de Colombia, de la República del Ecuador y de la República Bolivariana de Venezuela, países miembros de la comunidad andina;

<http://www.iadb.org/intal/tratados/mercosur-colecuven1.htm>

⁷ Siehe *Inter-American Development Bank*, *Integration and Trade in the Americas. A Preliminary Estimate of 2004 Trade*, New York 2004, S.5-7.

⁸ Siehe Felix Peña, *El MERCOSUR y su futuro: una visión argentina*, Análisis del Real Instituto Elcano de Estudios Internacionales y Estratégicos, ARI N° 80, Madrid 2005.

<http://www.realinstitutoelcano.org/analisis/764.asp>

⁹ Siehe Xu Shicheng, *La larga marcha Sur-Sur: China vis-à-vis América Latina*, in: *Foreign Affairs En Espanol*, Julio-Septiembre 2003 (Internetausgabe); *China and Latin America. Magic, or realism?*, in: *The Economist*, Dec. 29th 2004; Thomas Pohl, *Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen China und Lateinamerika: Mehr als große Hoffnungen?*, Brennpunkt Lateinamerika 10-2005; *Inter-American Development Bank*, *The Emergence of China: Challenges and Opportunities for Latin America and the Caribbean*, Washington D.C. March 2005.

Nimmt man die Berichterstattung in der lateinamerikanischen Presse, so hat der chinesische Präsident Hu Jintao dem US-Präsidenten George W. Bush eindeutig die Show gestohlen.¹⁰ Während Bush für vier Tage nach Südamerika reiste, um am APEC-Gipfel teilzunehmen und auf dem Rückweg einen Zwischenstop in Kolumbien einzulegen, blieb der chinesische Präsident, begleitet von einer Delegation von fast 200 Unternehmern und Regierungsfunktionären 12 Tage in Lateinamerika. Außer Chile besuchte er Kuba, Brasilien und Argentinien, dessen Präsident Nestor Kirchner im Juni 2004 zusammen mit einer Unternehmerdelegation China bereist hatte. In der Presse und in Teilen der wirtschaftlichen und politischen Elite in Südamerika ist eine wachsende China-Euphorie zu verzeichnen. Im Verlauf der Südamerika-Reise des chinesischen Präsidenten wurden eine Vielzahl von Abkommen (insgesamt 39) unterzeichnet und Absichtserklärungen im Hinblick auf zukünftige Investitionen gemacht. Wichtig aus chinesischer Sicht war, dass die drei südamerikanischen Regierungen China offiziell den Status einer Marktwirtschaft zuerkannten, wodurch es schwieriger wird, Anti-Dumping-Verfahren gegen China einzuleiten. Als eine der Gegenleistungen wurden die drei südamerikanischen Länder als offizielle Reiseziele für die wachsende Zahl chinesischer Touristen anerkannt. Brasilien, dessen Präsident Lula im Mai 2004 China in Begleitung von fast 500 Unternehmern besucht hatte, wird von der chinesischen Führung bei den Bemühungen um einen ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat unterstützt. Anzumerken bleibt, dass sich China seit Oktober 2004 mit 140 Polizisten an der UN-Mission in Haiti beteiligt. Aber auch zu anderen asiatischen Staaten haben sich die diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen der wichtigsten südamerikanischen Staaten intensiviert. Der koreanische Präsident Roh Moo-hyun nutzte die Reise zum APEC-Gipfel in Santiago zu Staatsbesuchen in Argentinien und Brasilien. Der japanische Premierminister Koizumi besuchte bereits zwei Monate zuvor, im September 2004 Mexiko und Brasilien, es war die erste Lateinamerikareise eines japanischen Premierministers seit 8 Jahren.

Obwohl Lateinamerika mit einem Anteil von 2,6 % an den Ausfuhren und 3,6 % an den Einfuhren (2003) nur einen geringen Anteil am chinesischen Außenhandel hat, verfügt Südamerika aus chinesischer Perspektive über eine Vielzahl von Rohstoffen für die eigene expandierende Wirtschaft (Erdöl, Kupfer, Eisenerz, Stahl, Nickel, Aluminium, Pulp), der Region kommt zudem als Exporteur von Nahrungsmitteln (Sojaprodukte, Fleisch) Bedeutung zu. Mit Brasilien und in geringerem Umfang mit Argentinien besteht auch eine Kooperation im Bereich der Raumfahrt (Satelliten), beim Flugzeugbau (Embraer) und beim Bau von Atomkraftwerken (Argentinien). Die chinesische Präsenz in Lateinamerika umfasst auch Investitionen vor allem im Bergbau, in der Stahlerzeugung und im Bereich der für die Exporte nach China relevanten Infrastruktur. Im Jahr 2004 entfielen fast 50 % der chinesischen Auslandsinvestitionen auf Lateinamerika. Die wachsende wirtschaftliche Präsenz Chinas in Südamerika wird mittlerweile als sicherheitspolitische Herausforderung für die USA wahrgenommen.¹¹ Dies gilt einerseits im Hinblick auf den Zugriff auf knapper werdende Rohstoffe (vor allem Erdöl). Hier werden auch die energiepolitischen Bemühungen anderer

¹⁰ Siehe Andrés *Oppenheimer*, China se roba el show en Sudamérica (El Informe Oppenheimer), in: El Nuevo Herald (Miami), 18.11.2004.

¹¹ Siehe Willy *Lam*, China's Encroachment on America's Backyard, The Jamestown Foundation China Brief Vol.4, Issue 23 (November 24, 2004); Guillermo R. *Delamer* et al., Chinese Interest in Latin America, in: Paul D. *Taylor* (Hrsg.), Latin American Security Challenges. A Collaborative Inquiry from North and South (Naval War College Newport Papers 21), Newport, Rhode Island 2004, 79-102; Gal *Luft*, In search of Crude China goes to the Americas, Institute for the Analysis of Global Security, January 18, 2005 (<http://www.iags.org/n0118041.htm>); Peter *Brookes*, China's Influence in the Western Hemisphere, Heritage Lectures No 873, April 19, 2005; Saul *Landau*, Chinese Influence on the Rise in Latin America, Foreign Policy in Focus (FPF), June 23, 2005 <http://www.fpf.org/commentary/2005/0506chinese.html>; R. Evan *Ellis*, U.S. National Security Implications of Chinese Involvement in Latin America, Strategic Studies Institute, U.S. Army War College, Carlisle, PA, June 2005; Chietigj *Bajpae*, Chinese Energy Strategy in Latin America, The Jamestown Foundation China Brief, Vol.5, Issue 14 (June 21, 2005).

asiatischer Staaten (Indien, Korea und Japan) in Lateinamerika mit Argwohn beäugt. Andererseits wird befürchtet, dass einzelne lateinamerikanische Staaten unter Hinweis auf die chinesische Karte sich eine unabhängigere Politik gegenüber den USA erlauben können. Über Freihandelsabkommen mit lateinamerikanischen Staaten könnten zusätzliche chinesische Waren zollfrei auf den US-Markt kommen. China wird als Störenfried im eigenen Hinterhof angesehen, die chinesische Präsenz in der westlichen Hemisphäre gilt als Zeichen der Erosion US-amerikanischer Macht und geopolitischer Positionen. Zugleich wird China auf Grund seiner wirtschaftlichen Interessen an Lateinamerika aber auch ein Interesse an stabilen politischen Verhältnissen in der Region zugeschrieben.

Brasilien: von der regionalen Führungsmacht zum *global player*?

Im Januar 2003 übernahm Lula, Migrantenkid aus dem armen Nordosten des Landes, ehemaliger Gewerkschaftsführer und langjähriger charismatischer Chef der Arbeiterpartei PT, die Regierung. Ins Amt kam er aufgrund einer breit gespannten Koalition mit bürgerlichen und Mitte-Rechts-Parteien. Noch während des Wahlkampfs im Jahr 2002 war das Land kurz vor dem Abgrund einer erneuten Finanzkrise gestanden; die letzte hatte das Land Anfang 1999 erfasst. Daher gab Lula, der von der Mehrheit der Wähler vor allem wegen seines Einstehens für mehr soziale Gerechtigkeit gewählt worden war, einer Konsolidierung der Staatsfinanzen und einem insgesamt strikt stabilitätspolitischen Kurs der Wirtschaftspolitik absoluten Vorrang. Statt dem vom IWF geforderten primären Haushaltsüberschuss (der die öffentlichen Zinsausgaben nicht mit einrechnet) von 3,5 % verpflichtete sich die Regierung längerfristig auf 4,25 % und konnte dieses Ziel in 2003 exakt erreichen und 2004 gar leicht überschreiten (Daten der brasilianischen Zentralbank: www.bacen.gov.br).

Obwohl der Austeritätsskurs im Jahr 2003 die Rezession der Vorjahre noch einmal vertiefte (Wirtschaftswachstum 2003: 0,5 %), wodurch die Arbeitslosigkeit weiter anstieg und die Reallöhne allein in diesem Jahr um 14 % schrumpften, tat dies der Popularität des Präsidenten erst einmal keinen Abbruch. Die Bevölkerung hatte die offizielle Botschaft akzeptiert, dass das erste Regierungsjahr der Stabilisierung der angeschlagenen Wirtschaft gewidmet werden müsse. Doch als auch im zweiten Jahr die Sparpolitik fortgeführt wurde und die Sozialpolitik nicht an Durchschlagkraft gewann, schrumpfte das in Umfragen ausgedrückte Vertrauen der Wählerschaft in Lula von etwa 70 auf 60 %; die Zustimmung zu seinem Regierungsstil fiel gar um 12% auf 54%.¹² Dies war unter anderem auch einer ersten, kleineren Korruptionsaffäre um illegale Parteifinanzierungsmechanismen der PT im April 2004 geschuldet, bei der die Parteispitze und Lula selbst allerdings noch ungeschoren davon kamen.

Das Jahr 2004 erbrachte insgesamt eine deutliche ökonomische Erholung (Wachstum 2004: 4,9 %), das hauptsächlich einem Exportboom dank der hohen internationalen Nachfrage geschuldet war. Auf dieser Basis konnte die Zentralbank ihre extrem harte Geldpolitik zumindest graduell lockern. In der Folge sank die gesamte öffentliche Verschuldung im Jahresverlauf von 57,1% auf 51,7% des BIP, was aber zu erheblichen Teilen dem buchhalterischen Effekt der Währungsaufwertung zuzurechnen ist. Auch die internationalen Verbindlichkeiten Brasiliens, die weiterhin auf hohem Niveau liegen, konnten ohne Probleme bedient werden. Auf der anderen Seite wurde der politische Spielraum für die Regierung

¹² Siehe Gilberto Calcagnotto, Brasiliens soziale Schuld – Lulas Dilemma, Lulas Lösung, Brennpunkt Lateinamerika Nummer 9-2004, Fritz, Barbara, Brasilien: neue Ziele, orthodoxe Politik - Wie tragfähig ist Lulas Wirtschaftspolitik? Brennpunkt Lateinamerika 13-2003; David Bartelt, Szenen Einer Ehe – Die Regierung Lula in Brasilien und ihre linken Kritiker nach zwei Jahren Amtszeit, in: Karin Gabbert et al. (Hg.): Neue Optionen lateinamerikanischer Politik. Jahrbuch Lateinamerika. Analysen und Berichte 29, Münster: Westfälisches Dampfboot, 2005.

enger. In der eher losen Vielparteienkoalition war es nicht möglich, Mehrheiten für wichtige Projekte wie die Modernisierung des Steuersystems zu gewinnen, und die schweren Verluste beispielsweise in der Industriegroßstadt São Paulo in der Kommunalwahl im Oktober 2004 taten ein weiteres, den angestrebten Reformprozess zu verlangsamen.

Unter der Regierung Lula wurden die Grundlinien der brasilianischen Außenpolitik seit den 90er Jahren fortgesetzt, allerdings einige Akzente stärker betont.¹³ Brasilien versucht, seine Stellung als regionale Führungsmacht in Südamerika auszubauen und zugleich mehr Einfluss auf die internationale Politik zu nehmen. Priorität hatten zu Beginn der Amtsperiode Lulas die Beziehungen zu den südamerikanischen Nachbarn, vor allem im Mercosur zu. Die Regierung Lula erklärte sich bereit, die institutionelle Struktur des Mercosur auszubauen. Mit Argentinien sollte die „strategische Allianz“ vertieft werden, wie dies die beiden Präsidenten am 16. Oktober 2003 in einer gemeinsamen Erklärung (Consenso de Buenos Aires) bekräftigten. Auch sicherheitspolitisch ist Brasilien an einer engeren Kooperation mit seinen Nachbarn, vor allem mit Argentinien und Chile interessiert.¹⁴ Zugleich ist die brasilianische Regierung bereit, Verantwortung bei militärischen Einsätzen der UNO in den Amerikas zu übernehmen. Seit Juni 2004 obliegt einem brasilianischen General die militärische Führung der UN-Blauhelmission (MINUSTAH)¹⁵ auf Haiti, Brasilien stellt mit 1.200 Mann auch das stärkste Truppenkontingent. Durch die Beteiligung von Streitkräften aus Argentinien, Chile, Uruguay und Paraguay könnte durch die UN-Mission die Grundlage für eine gemeinsame südamerikanische Eingreiftruppe gelegt werden. Die aktive Rolle Brasiliens bei UN-Einsätzen soll den Anspruch des Landes auf einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat unterstreichen.¹⁶ Dabei betreibt Brasilien eine enge Abstimmung mit Ländern wie Deutschland, Indien, Südafrika und Japan.¹⁷ In Südamerika ist die Unterstützung eher verhalten, einzelne Länder wie etwa Argentinien lehnen die brasilianischen Pläne offen ab.

Brasilien war in den vergangenen beiden Jahren bemüht, seine Außenbeziehungen auszudifferenzieren. Dies gilt sowohl für Europa (einschließlich Russlands) als auch für Asien. Neben China bereiste der brasilianische Präsident im Januar 2004 Indien. Bereits im Juni 2003 hatte Indien, wie bereits 2000 Südafrika, ein Handelspräferenzabkommen mit Brasilien abgeschlossen. Aber auch zu anderen afrikanischen Staaten wurden die Beziehungen verdichtet. Präsident Lula stattete auf einer großen Afrikareise im November 2003 fünf afrikanischen Staaten (São Tomé e Príncipe, Angola, Mozambique, Namibia und Südafrika) einen Staatsbesuch ab. Im November 2004 war Putin der erste russische Präsident, der Brasilien besuchte. Zwischen beiden Regierungen wurde u.a. ein Abkommen zur Kooperation bei der Raumfahrt und Raketentechnologie unterzeichnet.

¹³ Zur brasilianischen Außenpolitik siehe Wilhelm *Hofmeister*, Brasilien und seine Nachbarn: Regionaler Führungsanspruch in Südamerika (Europa - América Latina. Análisis e Informaciones Nr. 13), Rio de Janeiro: Fundação Konrad Adenauer, September 2003; Alcides *Costa Vaz*, El gobierno de Lula ¿una nueva política exterior?, in: Nueva Sociedad 187, septiembre-octubre 2003, 139-152; Luiz Inácio *Lula de Silva*, La política exterior del nuevo gobierno brasileño, Foreign Affairs En Español, Enero-Marzo 2003; Susanne *Gratius*, Die Außenpolitik der Regierung Lula. Brasiliens Aufstieg von einer diskreten Regionalmacht zu einer kooperativen Führungsmacht (SWP Studie S 7), Berlin, März 2004; Stefan *Schirm*, Führungsindikatoren und Erklärungsvariablen für die neue internationale Politik Brasiliens, in: Lateinamerika Analysen 11, Juni 2005, 107-130. Vicente Palermo

¹⁴ Zur brasilianischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik siehe Daniel *Flemes*, Brazil's cooperative leadership in Southern Latin America's security politics, Dissertation Universität Hamburg 2005.

¹⁵ Zu MINUSTAH siehe <http://www.un.org/Depts/dpko/missions/minustah/>. Die Gesamtleitung der Mission unterliegt dem Sonderbeauftragten des UN-Generalsekretärs, dem ehemaligen chilenischen Außenminister Juan Gabriel Valdés.

¹⁶ Zur Zeit (2004-2005) ist Brasilien nicht ständiges Mitglied im Un-Sicherheitsrat.

¹⁷ Siehe die gemeinsame Erklärung der Regierungen von Brasilien, Deutschland, Japan und Indien vom 21.9.2004

http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/aussenpolitik/vn/vereinte_nationen/d_im_sicherheitsrat/vier_html

Die Beziehungen zur regionalen Führungsmacht, den USA, sind ambivalent.¹⁸ Auf der einen Seite akzeptieren die USA Brasilien als regionale Ordnungsmacht, sind jedoch gegen eine brasilianische Hegemonie in Südamerika. Außerdem nehmen beide Länder unterschiedliche Positionen zu einigen lateinamerikanischen Konflikten und Problemstaaten ein. So bestehen relativ enge Beziehungen Brasiliens zu Kuba. Ende 2003 besuchte Präsident Lula den Inselstaat in Begleitung einer Unternehmerdelegation, beide Länder unterzeichneten insgesamt 12 bilaterale Abkommen. Im Verhältnis zur Regierung Chavez in Venezuela versucht die Präsident Lula eine Politik der Einbindung und des konstruktiven Dialogs. Darüber hinaus besteht ein gegenseitiges Interesse, die Wirtschaftsbeziehungen vor allem im Energiesektor auszubauen. So initiierte Präsident Lula als eine seiner ersten außenpolitischen Amtshandlungen im Januar 2003 die Gründung der „Freundschaftsgruppe Venezuela“, die außerdem Chile, Mexiko, Portugal, Spanien und die USA einschloss und den OAS-Generalsekretär César Gaviria bei seinen Vermittlungsbemühungen im Konflikt zwischen der Opposition und der Regierung Chavez unterstützen sollte. Die Freundschaftsgruppe war maßgeblich am Zustandekommen der Übereinkommen für eine friedliche Konfliktlösung zwischen Regierung und Opposition im Februar und März 2004 beteiligt. Im Kolumbien-Konflikt nimmt die brasilianische Regierung eine kritische Haltung gegenüber dem Plan Colombia ein, vor allem die US-amerikanische Militärpräsenz wird negativ bewertet. Zugleich wird bei der Bekämpfung des Rauschgifthandels und der internationalen Kriminalität kooperiert. Während der bolivianischen Regierungskrise 2003 versuchte Brasilien in enger Abstimmung mit der argentinischen Regierung zu vermitteln. Im Hinblick auf die 2005 anstehende Neubesetzung des Posten des Generalsekretärs der OAS, die nach dem vorzeitigen Rücktritt von Miguel Angel Rodríguez im Oktober 2004 notwendig geworden ist, unterstützt Brasilien den chilenischen Innenminister Insulza gegen die von USA favorisierten Kandidaten aus El Salvador und Mexiko.

Auch im Hinblick auf die Schaffung einer Amerikanischen Freihandelszone (FTAA) und die Verhandlungen im Rahmen der WTO bestehen unterschiedliche, zuweilen auch entgegengesetzte Interessen zwischen Brasilien und den USA. Brasilien sieht sich als aufstrebender Global Player und sucht über Bündnispartner seinen Einfluss auf die internationale Politik zu erweitern. Dies zeigt sich bei der Abstimmung der Politik mit Indien und Südafrika im Rahmen der Gruppe der Drei (G-3), die sich im Juni 2003 gebildet hat. Die Allianz zwischen Indien, Südafrika und Brasilien bildete auch den Ausgangspunkt für die Gründung der Gruppe der 20¹⁹, einem Zusammenschluss aus 20 Entwicklungs- und Schwellenländern, die auf dem Ministertreffen der Welthandelsorganisation in Cancún (August 2003) eine gemeinsame Verhandlungsposition vor allem im Hinblick auf den Abbau von Agrarsubventionen der Industrieländer vertraten. Die starke Position Brasiliens im Rahmen der G-20 führte zur einer Aufwertung des Landes im Rahmen der WTO. Bei den WTO-Konferenz in Genf (Juli 2004) war Brasilien zusammen mit der EU, den USA, Australien und Indien Mitglied der Vorbereitungsgruppe (G-5). Bei den Verhandlungen über eine amerikanische Freihandelszone, die im Januar 2005 hätten abgeschlossen werden sollten, nimmt Brasilien eine Bremserrolle gegenüber den USA ein, die von den meisten lateinamerikanischen Staaten nicht geteilt wird. Dies ist zum einen auf inhaltliche Differenzen im Hinblick auf die Erleichterung des Zugangs von brasilianischen Agrarprodukten auf den US-Markt bzw. den Schutz des nur bedingt international konkurrenzfähigen brasilianischen Industrie- und Dienstleistungssektors zurückzuführen. Zum anderen sieht ein Teil der

¹⁸ Zu den Beziehungen zwischen Brasilien und den USA siehe Peter *Hakim*, *The Reluctant Partner*, in: *Foreign Affairs* 81 (2004) 1, 114-124; Monica *Hirst*, *The United States and Brazil: A Long Road of Unmet Expectations*, Oxford: Routledge 2004; Carlos Eduardo *Lins*, *La Casa Blanca y el Planalto: Respeto y Solidaridad*, in: *Foreign Affairs En Español*, Enero-Marzo 2005.

¹⁹ Bis auf Uruguay gehören alle Mercosur-Länder (einschließlich der assoziierten Staaten Bolivien und Chile) der G-20 an.

brasilianischen Politiker in der FTAA ein Instrument zur Absicherung der nordamerikanischen Hegemonie auf dem Kontinent, dem es im brasilianischen Interesse entgegen zu treten gilt.²⁰ Sowohl die USA als auch Brasilien streben spätestens seit der 8. Handelsministerkonferenz der FTAA im November 2003 in Miami²¹ nur noch eine Freihandelszone „light“ oder „a la carte“ an, die den Rahmen für unterschiedliche bilaterale oder multilaterale Abkommen abgibt. Eine Lösung für die strittigen Handelsfragen wird von beiden Regierungen eher im Rahmen der WTO-Verhandlungen erwartet.²²

Der südamerikanische Gipfel in Cuzco: Gründung der Südamerikanischen Staatengemeinschaft

Der brasilianische Präsident Cardoso hatte im Jahr 2000 die Gipfeltreffen der südamerikanischen Präsidenten initiiert, mit denen Brasilien seinen Führungsanspruch auf dem Kontinent und sein Bestreben dokumentierte, die wirtschaftliche und politische Kooperation mit den Nachbarstaaten zu vertiefen.²³ Am 8. Dezember 2004 trafen sich die südamerikanischen Präsidenten in der alten Inkastadt Cuzco (Peru) zu ihrem dritten Gipfeltreffen zusammen. Der brasilianische Regierung war der Motor für die Gründung der südamerikanischen Staatengemeinschaft (*Comunidad Sudamericano de Naciones*).²⁴ Diese führt die bisherigen Gipfeltreffen der südamerikanischen Präsidenten fort, die weitere institutionelle Ausgestaltung wird offen gelassen. Zunächst soll auf die Unterstützung bestehender Institutionen wie der Mercosur, ALADI oder der Amazonasakt zurückgegriffen werde. Angestrebt wird eine engere Vernetzung der wirtschaftlichen Integrations-Zusammenschlüsse Mercosur und Andengemeinschaft mit dem Ziel der Schaffung einer südamerikanischen Freihandelszone. Daneben wird eine engere Abstimmung in Fragen der internationalen Politik angestrebt und das Projekt zur Integration der Infrastruktur – Telekommunikation, Verkehrswege, Stromnetze und Pipelines (Erdöl, Gas) – fortgeführt.²⁵ Dabei wird auch auf Gelder internationaler Finanzorganisation wie der Inter-Amerikanische Entwicklungsbank zurückgegriffen.

Die angestrebte südamerikanische Staatengemeinschaft steht auf wirtschaftlich tönernen Füßen: Mercosur und Andengemeinschaft wickeln gerade einmal 4-5 % ihres Außenhandels untereinander ab (2004). Politisch ist Südamerika alles andere als geeinigt, eine Vielzahl bilateraler Konflikte besteht fort bzw. wurde wiederbelebt.²⁶ Die anderen Präsidenten der Mercosur-Mitgliedsstaaten (Argentinien, Paraguay und Uruguay) befürchten, dass das neue

²⁰ Helio *Jaguaribe*, El proyecto sudamericano, in: Foreign Affairs En Español, Abril-Junio 2005 (Internetausgabe).

²¹ Siehe die gemeinsame Erklärung der Handelsminister vom 20.11.2003

http://www.ftaa-alca.org/Ministerials/Miami/Miami_e.asp

²² Susanne *Gratius*, Sackgasse ALCA? Das amerikanische Freihandelsprojekt zwischen Bilateralismus und Monroe-Doktrin, SWP-Studie (S 33), Berlin, August 2003; Hartmut *Sangmeister*, Gulliver und die Zwerge: Asymmetrien und Interdependenzen der Wirtschaftsbeziehungen in den beiden Amerikas, in: Lateinamerika Analysen 11 Juni 2005, S.61-86; Sidney *Weintraub* / Verónica R. *Prado*, Libre comercio en el hemisferio occidental, Foreign Affairs En Español, Abril-Junio 2005 (Internetausgabe). Siehe auch die von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebene Reihe "Estudios sobre el ALCA" Nr. 1- 18 (<http://library.fes.de/>).

²³ Siehe Detlef *Nolte*, Brasiliens Führungsanspruch in Südamerika, in: Jahrbuch Internationale Politik 1999/2000, S. 359-361

²⁴ Siehe Günther *Maihold*, Die südamerikanische Staatengemeinschaft. Ein neuer Partner für die EU in Lateinamerika? SWP-Aktuell 60, Dezember 2004, Diego *Cardona C.*, ¿Tiene futuro la comunidad sudamericana de naciones?, in: Foreign Affairs En Español, Abril-Junio 2005 (Internetausgabe).

²⁵ Zur Initiative para la Integración de la Infraestructura Regional Suramericana (IIRSA) siehe

<http://www.iirsa.org>.

²⁶ Siehe Andrés *Oppenheimer*, Las pugnas internas de América Latina, in: El Nuevo Herald (Miami) 8.5.2005; Carlos *Malamud*, El aumento de la conflictividad bilateral en América latina: Sus consecuencias dentro y fuera de la región, Análisis del Real Instituto Elcano, ARI 61 Madrid 12.5.2005.

Projekt den Mercosur schwächen könnte und nahmen mit unterschiedlicher Begründung nicht an dem Gipfeltreffen in Cuzco teil. Es ist nicht zu erwarten, dass sich die Südamerikanische Staatengemeinschaft auf mittlere Sicht zu einem handlungsfähigen Akteur in der internationalen Politik, z.B. in den Beziehungen zu den USA und zur EU, entwickeln bzw. den brasilianischen Ambitionen als *global player* helfen wird; zumal der Führungsanspruch Brasiliens in Südamerika nicht unumstritten ist.

Argentinien: auf dem Weg aus der Schuldenkrise?

Mit dem Peronisten Néstor Kirchner trat im Mai 2003 erneut ein in direkter Wahl legitimierter Präsident sein Amt an. Kirchner hatte im April im 1. Wahlgang mit 22 % nur an zweiter Stelle gelegen. Sieger war damals Ex-Präsident Menem, denn die Peronisten waren auf Grund von Wahlrechtsmanipulationen mit mehreren Kandidaten angetreten. Um einer sicheren und vernichtenden Niederlage zu entgehen, hatte Menem vor dem zweiten Wahlgang seine Kandidatur zurückgezogen. Präsident Kirchner gelang es nachfolgend seine Machtposition zu konsolidieren, obwohl auch sein Vorgänger Duhalde noch über eine starke Anhängerschaft vor allem in der wichtigen Provinz Buenos Aires verfügt. Bei den nachfolgenden Kongresswahlen (2003) konnten die Peronisten in beiden Kammern eine absolute Mehrheit erringen. Trotz weiter bestehender sozialer Probleme erfreut sich die Regierung einer großen Zustimmung. Die Peronistische Partei ist eindeutig die dominierende Kraft in Argentinien, aber in sich gespalten. Die Regierbarkeit in Argentinien wird damit weniger von der Opposition als von den Konflikten in der Regierungspartei beeinflusst.

Wirtschaftlich war Argentinien von einer deutlichen Erholung gekennzeichnet: Nachdem die Wirtschaft zwischen 1999 und 2002 um annähernd 20% eingebrochen war, konnte ab 2003 wieder ein erhebliches Wachstum verzeichnet werden (2003: 8,8%; 2004: 9,0%). Dieser Aufschwung war einerseits von den hohen Exporten getragen, die der starken Abwertung des argentinischen Peso sowie der hohen internationalen Nachfrage nach den argentinischen *commodities* zuzurechnen war, und andererseits einer allmählichen Normalisierung des argentinischen Wirtschaftslebens, das nach dem Zusammenbruch des *Currency Boards* im Jahr 2001 fast vollständig zum Erliegen gekommen war. Damit reduzierte sich der Anteil der Armen an der Bevölkerung von 57,7% zum Höhepunkt der Krise wieder auf 44,3% bis Mitte 2004.

Die außenwirtschaftlichen Beziehungen waren vollständig von dem seit Anfang 2002 verhängten Moratorium über 80 Mrd. US-Dollar argentinischer Verbindlichkeiten (plus ausstehenden Zinszahlungen) bei internationalen privaten Gläubigern und den damit verbundenen Auseinandersetzungen mit diesen und dem IWF geprägt. Die Regierung Duhalde forderte von den Gläubigern einen Abschlag von 75%.²⁷ Die Umschuldungsverhandlungen kamen erst 2004 in Gang, nachdem es wiederholte Auseinandersetzungen um die Wirtschaftspolitik mit dem IWF gab. Unter anderem gingen die Vorstellungen über das öffentliche Haushaltsziel und die Sanierung des zusammengebrochenen Bankensektors auseinander; zudem gab es heftige Auseinandersetzungen über die Einfrierung von Tarifen für privatisierte Dienstleistungen wie Strom, bei denen die Regierung Kirchner die unter der Regierung Menem in den 90er Jahren mit den internationalen Investoren ausgehandelten Bedingungen der Bindung dieser Tarife an den Wechselkurs für ungültig erklärte. Verschiedene Interessenorganisationen, die beispielsweise deutsche, italienische und japanische Klein-Gläubiger vertraten, erklärten die angebotenen Bedingungen für inakzeptabel. Im Zuge der Auseinandersetzungen zwischen

²⁷ Zu den Details des Umschuldungsangebots siehe Jorge Schvarzer/Hernán Finkelstein, *Renegociación de la deuda: un panorama confuso de montos, quitas, pagos y sustentabilidad futura*, CESPA, Notas de Coyuntura no. 16, 2004.

argentinischer Regierung und IWF kam es wiederholt zu Zahlungsverzögerungen und wechselseitigen Drohungen gänzlicher Zahlungseinstellung, die erst im letzten Moment durch Verhandlungslösungen abgewandt werden konnten. Die Regierung bot schließlich an, dass die insgesamt 152 verschiedenen so genannten Bonds wahlweise in drei neue Bonds mit unterschiedlichen Abschlägen, Verzinsungs- und Laufzeitoptionen getauscht werden konnten. Die Umschuldungsverhandlungen würden dann als erfolgreich gelten, wenn mindestens 70% der Gläubiger dem Angebot zustimmen würden.

Chile: Außenwirtschaftliche Diversifizierung, innenpolitische Stabilität und alte außenpolitische Konflikte

Chile zeichnet sich weiterhin durch politische Stabilität und wirtschaftliche Erfolge aus. Präsident Ricardo Lagos genießt hohe Zustimmungswerte in der Bevölkerung. Bei den Kommunalwahlen im Oktober 2004, die als wichtiger Stimmungstest für die Ende 2005 stattfindenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen galten, wurde das seit 1990 regierende Mitte-Links-Bündnis (Concertación) bestätigt.²⁸ Der Anteil der Bevölkerung, der in extremer Armut lebt, konnte 2004 auf 4,7 % (1990 12,9 %) reduziert werden. Damit nimmt Chile bei der Armutsbekämpfung und der Verwirklichung der Millenniumsziele der Vereinten Nationen den Spitzenplatz in Lateinamerika ein.²⁹ Mit einem Wirtschaftswachstum von 3,3 % (2003) und 6,1 % (2004) lag Chile einmal mehr über dem lateinamerikanischen Durchschnitt. Erneut kam dem Außenhandel große Bedeutung zu. Die Exporte stiegen 2003 um 13,8 % und 2004 um 52,1%. Dabei profitierte das Land von den hohen Kupferpreisen, die im Jahresdurchschnitt 2004 um 60 % über dem Vorjahrsniveau lagen. Die chilenische Regierung setzte 2003/2004 außerdem ihre erfolgreiche Strategie von bilateralen Freihandelsabkommen und einer Diversifizierung der Handelsbeziehungen nach Nordamerika, Europa und Asien fort. Demnach entfielen 2004 ca. 35 % der Exporte auf Asien, 26 % auf Europa (EU & EFTA), 22 % auf die NAFTA und 12,5 % auf Lateinamerika (ohne Mexiko). Bei den Einfuhren lag der Anteil Lateinamerikas demgegenüber bei fast 40 %, während jeweils weniger als ein Fünftel auf Asien (18,5 %), die NAFTA (19,6 %) und Europa (16,5 %) entfielen.

Mit den USA trat am 1. Januar 2004 ein Freihandelsabkommen in Kraft, wodurch 95 % der chilenischen Exporte in die USA und 90 % der US-amerikanischen Exporte nach Chile zollfrei erfolgen.³⁰ Mit der EFTA wurde am 26. Juni 2003 ein Freihandelsabkommen unterzeichnet, das im folgenden Jahr von den Parlamenten der beteiligten Länder (Chile, Island, Liechtenstein, Norwegen, Schweiz) ratifiziert wurde und am 1. Dezember 2004 in Kraft trat.³¹ Das Freihandelsabkommen mit der EU³², das am 1. Februar 2003 in Kraft getreten ist, hat zu einer deutlichen Ausweitung des Handels geführt³³: So lag die Steigerungsrate der chilenischen Exporte in die EU 2004 mit 57,1 % über der Zuwachsrate

²⁸ Siehe Michael Radseck/Georg Strüver, Eine vierte Präsidentschaft der Concertación? Ergebnisse und Folgen der jüngsten Kommunalwahlen im Lichte der anstehenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in Chile, in: Brennpunkt Lateinamerika 2-2005.

²⁹ CEPAL, Objetivos de Desarrollo del Milenio. Una mirada desde América latina y el Caribe, Santiago de Chile 2005, S.313.

³⁰ Für eine erste Bilanz der Auswirkungen des Abkommens siehe DIRECON, Evaluación Tratado de Libre Comercio entre Chile y EE.UU. 2004, Santiago de Chile, Marzo 2005.

³¹ Zum Abkommen siehe DIRECON, Chile y la Asociación Europea de Libre Comercio, Santiago de Chile 2004.

³² Es handelt sich um ein umfassendes politisches und wirtschaftliches Assoziierungsabkommen, das am 18. November 2002 unterzeichnet worden war und nach der Ratifizierung durch die nationalen Parlamente am 1. März 2005 in seiner Gesamtheit in Kraft trat, die Handelsliberalisierungen wurden allerdings bereits vorher umgesetzt.

³³ Siehe DIRECON, Evaluación Comercial Acuerdo Chile-Unión Europea, Santiago de Chile, Dezember 2004.

aller Exporte. Im Februar 2003 wurde außerdem ein Freihandelsabkommen mit Korea unterzeichnet, das nach seiner Ratifizierung durch die Parlamente im April 2004 in Kraft trat. Im Vorjahr (2003) war Korea der sechstwichtigste Handelspartner Chiles gewesen.

Die wachsende Bedeutung Asiens und des pazifischen Raums für die chilenische Wirtschaft³⁴ dokumentiert auch die Ausrichtung des APEC-Gipfels in Santiago de Chile im November 2004. Am Rande des Gipfeltreffens kündigten der chilenische und der chinesische Präsident offiziell die Aufnahme von Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen an. Seit 2000 haben die chilenischen Ausfahrten nach China um 250 % zugenommen, allein 2004 um fast 80%. Damit lag China mit einem Anteil von 10,8 % an den chilenischen Exporten an dritter Stelle unter den Handelspartnern. 80 % der chilenischen Exporte nach China entfallen auf den Bergbau (vor allem Kupfer). Chile kommt außerdem aufgrund seiner guten Infrastruktur bei den Pazifikhäfen besondere Bedeutung im Hinblick auf die wirtschaftlichen Interessen Chinas in Lateinamerika zu. Mit einer ganzen Reihe anderer asiatischer und pazifischer Länder (Japan, Singapur, Brunei, Neeseeland) führte Chile Verhandlungen über Handelsabkommen. Dazu kommt eine rege Reisediplomatie. Im Februar 2003 hatte der chilenische Präsident Japan (und Korea) einen Staatsbesuch abgestattet, es folgten weitere Staatsbesuche in Vietnam (Oktober 2003) und Singapur (April 2004).

Der 30. Jahrestag des Putsches gegen Salvador Allende (11. September 1973) war in Chile Anlass für eine breite Debatte über die Ursachen und Folgen der Machtübernahme durch das chilenische Militär im Jahre 1973. Schon vor dem historischen Datum waren quer aus dem politischen Spektrum Initiativen gestartet worden, um bei der Aufarbeitung der Vergangenheit voranzukommen und möglicherweise einen vorläufigen Abschluss zu erreichen. Die Heeresführung verurteilte die Menschenrechtsverletzungen, die während der Militärdiktatur begangen worden waren. Die Regierung brachte mehrere Gesetzentwürfe im Parlament ein, die sowohl das Schicksal der Verschwundenen betrafen, als auch neue und umfassendere Entschädigungszahlungen für die Opfer der Diktatur einschlossen. Zudem wurde eine Kommission zur Dokumentierung der Folter während der Militärdiktatur und für eine zukünftige Entschädigung der Folteropfer eingesetzt. Die Stellung des ehemaligen Diktators Pinochet wurde weiter geschwächt, seitdem geheime Konten in den USA auf eine persönliche Bereicherung des Generals und seiner Familie hindeuten. Die politische Rechte und Regierung konnten sich 2004 außerdem über eine weitreichende Reform der Verfassung einigen, mit der die eindeutig autoritären Komponenten getilgt werden sollen.

Außenpolitisch geriet Chile zeitweise wegen seiner nördlichen Nachbarn unter Druck.³⁵ Der mögliche Export bolivianischen Erdgases über chilenische Häfen mittels einer neu zu bauenden Pipeline war einer der Auslöser für den Sturz des bolivianischen Präsidenten Sánchez de Lozada im Oktober 2003. Sein Nachfolger Carlos Mesa hat das Thema eines souveränen Meerzuganges zum Pazifik erneut auf die politische Tagesordnung gesetzt und nachfolgend versucht, international Rückhalt für diese Forderung zu erhalten.³⁶ Die bolivianische Regierung versucht die Erdgasvorkommen als strategisches Mittel für die Außenpolitik einzusetzen. Darauf musste die chilenische Diplomatie reagieren, die sich vor allem gegen eine Internationalisierung des Konfliktes mit Bolivien wendet. Für Chile sind die bolivianischen Gebietsabtretungen aufgrund des verlorenen Pazifikkrieges (1879-1884), die Bolivien zum Binnenland machten, durch den Friedensvertrag von 1904 definitiv geregelt. Gebietsabtretungen an Bolivien werden ausgeschlossen. Diesen müsste außerdem Peru, der

³⁴ Siehe auch Hernán Gutiérrez, Chile and Asia-Pacific: The Economic Connection, in: Jörg Faust/Manfred Mols/Won-Ho Kim (Hrsg.), Latin America and East Asia – Attempts at Diversification, Münster: LIT 2005, 81-98.

³⁵ Siehe Helmut Wittelsbürger/Stefanie Möller, Die Beziehungen Chiles zu seinen Nachbarländern, in: KAS-Auslandsinformationen 4/2005, 23-49; Daniela Santelices Hafemann, La historia sin fin, in: Qué Pasa 9.1.2004.

³⁶ Zur bolivianischen Position siehe *Presidency of the Republic. Ministry of Foreign Affairs, The Maritime Claim of Bolivia (The Blue Book)*, La Paz 2004.

zweite Verlierer des Pazifikkrieges zustimmen. Chile setzt stattdessen auf wirtschaftliche Integration durch die Schaffung so genannter bi-ozeanischer Korridore oder Verkehrswege, die durch Bolivien verlaufen und dem Binnenland einen besseren Zugang zu Atlantik- und Pazifikhäfen verschaffen würden.³⁷ Mit Peru gibt es seit Mitte 2004 erneut Streitigkeiten über den Verlauf der Seegrenzen. Die peruanische Regierung zeigt sich außerdem besorgt über die Modernisierung der Ausrüstung der chilenischen Streitkräfte. Der Konflikt mit Bolivien und Peru belastet die Bewerbung des chilenischen Innenministers José Miguel Insulza um den Posten des Generalsekretärs der Organisation Amerikanischer Staaten, die vor allem von Brasilien unterstützt wird. Auch die insgesamt guten Beziehungen mit Argentinien wurden durch das Thema Erdgas belastet.³⁸ Energieengpässe im Nachbarländern führten 2004 zu einer Verringerung vertraglich zugesagter Export nach Chile, das rd. ein Viertel seiner Primärenergie mit Erdgas abdeckt, das zu über 70% aus Argentinien importiert wird.

Im Rahmen der UN-Stabilisierungsmission auf Haiti zeigte sich chilenische Regierung gewillt, militärische Verantwortung im größeren Stile auch außerhalb der Landesgrenzen zu übernehmen und eng mit den Streitkräften Argentinien und Brasiliens zu kooperieren. Die chilenischen Streitkräfte weisen in Lateinamerika vermutlich den höchsten professionellen Standard auf, und sie erfreuen sich in den USA einer großen Wertschätzung. Chile war das einzige lateinamerikanische Land, das den politischen Willen, aber auch – aus US-Sicht genauso wichtig – die operativen Fähigkeiten hatte, im Februar/März 2004 innerhalb von 36 Stunden Einheiten nach Haiti zu entsenden und dort die Truppen aus den USA, Frankreich und Kanada zu unterstützen. Die chilenischen Truppen trafen sogar noch vor den kanadischen ein. Die guten Beziehungen zwischen Chile und den USA verhinderten jedoch nicht eine eigenständige Haltung der chilenische Regierung als nicht-ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates (2003-2004). Chile verweigerte eine Zustimmung zum Einmarsch der USA im Irak genauso wie eine Beteiligung an diesem Militäreinsatz und suchte in dieser Frage eine enge Abstimmung mit den Mercosur-Staaten Argentinien und Brasilien. Dafür war die chilenische Regierung auch bereit, eine kurzzeitige Verzögerung bei der Unterzeichnung des Freihandelsabkommens mit den USA in Kauf zu nehmen.

³⁷ Luis Maira, Las relaciones entre Chile y Bolivia en el centenario del tratado de 1904, in: Foreign Affairs En Español, Octubre-Diciembre 2004 (Internetausgabe).

³⁸ Siehe Jörg Husar/Günther Maihold, Konfliktstoff Erdgas. Südamerika wird wieder Rohstofflieferant: Innen- außenpolitische Implikationen der Ressourcenpolitik in Bolivien und Argentinien, Brennpunkt Lateinamerika 11-2005.